



WESTFÄLISCHE
WILHELMS-UNIVERSITÄT
MÜNSTER

Fachbereich Erziehungswissenschaft
und Sozialwissenschaften
Institut für Erziehungswissenschaft
Abt. III – Bildungstheorie und Bil-
dungsforschung

WWU | Institut für Erziehungswissenschaft | Georgskommende 26 | 48143 Münster

An die
Ministerin für Schule und Weiterbildung
des Landes Nordrhein-Westfalen
Frau Sylvia Löhrmann
Völklinger Straße 49

40221 Düsseldorf

Prof. em. Dr. Bernd Zymek

Georgskommende 26
48143 Münster
Tel. +49 251 83-24212
zymek@uni-muenster.de

14.06.2011

Betr.: Gemeinschaftsschule

Sehr geehrte Frau Ministerin,

seit Monaten bin ich an den Initiativen von drei Gemeinden (Sassenberg, Lübbecke, Preußisch Oldendorf) beteiligt, die bis zum Herbst Anträge auf die Genehmigung von Gemeinschaftsschulen stellen und mit einer neuen Sekundarschule zum Schuljahr 2012/13 beginnen wollen. Andere Gemeinden wollen sich ebenfalls auf den Weg machen. Die wissenschaftliche Begleitung von meiner Seite wird – wie schon bei dem erfolgreichen Antrag der Gemeinde Billerbeck im Jahr 2010 – von der Stiftung Westfalen-Initiative und den beteiligten Gemeinden finanziell gefördert.

Wie Sie sich denken können, hat die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster bei allen Beteiligten vor Ort zu einer großen Verunsicherung und Frustration geführt. Denn die Bürgermeister haben in langen Verhandlungen einen überfraktionellen Konsens zu erreichen versucht, die Räte und Ausschüsse haben beraten und einstimmige Beschlüsse gefasst, es wurden Arbeitsgruppen zur Ausarbeitung eines pädagogischen Konzepts und des Antrags eingerichtet, in den Schulen wurden (oft schwierige) Diskussionen zum Umbau der bestehenden örtlichen Schulformen geführt, es haben schon Informationsveranstaltungen bei den Eltern der Grundschulkinder stattgefunden, um sie für die neue Schule zu überzeugen. Angesichts der unklaren Lage ist es für die Verantwortlichen und die Initiatoren der kommunalen Schulentwicklungsprojekte im Moment kaum mehr möglich, für eine Weiterarbeit zu motivieren. Die engen Zeitpläne sind in Frage gestellt.

Ich muss Sie auf diese Situation nachdrücklich hinweisen und auffordern, dass das Ministerium möglichst schnell die Grundlage für eine Novelle des Schulgesetzes erarbeitet und Sie dafür im Landesparlament eine Mehrheit zu erreichen versuchen. Ich kann Ihre Bemühungen während der letzten Monate nachvollziehen, in dieser Frage einen möglichst breiten überparteilichen Konsens zu erreichen, aber in der neuen Situation erscheint es vorrangig, dass in den vielen Gemeinden, die sich in dem Schulreformprojekt seit Monaten engagieren, weiter gearbeitet werden kann. Andernfalls würde überall vor Ort eine Verunsicherung um sich greifen, die es sehr schwer machen würde, später wieder die notwendige Akzeptanz für ein solches kommunales Projekt zu erreichen. Vielleicht ist es auf landespolitischer Ebene nicht immer nachvollziehbar, welche delicate Überzeugungsarbeit bei vielen unterschiedlich Betroffenen (den Räten, den Schulen, den Eltern ...) dafür vor Ort geleistet werden muss. Ein solcher Prozess lässt sich nicht einfach

abschalten und später wieder anschalten. Ein noch Monate dauernder Verhandlungs- und Gesetzgebungsprozess auf landespolitischer Ebene würde, auch wenn er in Düsseldorf schließlich erfolgreich gelingen sollte, inzwischen vor Ort zu einem irreparablen Vertrauensverlust der Landesschulpolitik führen. Ich bitte Sie nachdrücklich, diese Dimension nicht zu unterschätzen und eine möglichst schnelle Lösung anzustreben.

Ich erlaube mir, dieses Schreiben auch an die Landtagsabgeordneten der Region und die parlamentarischen Fachleute zu schicken, damit auch Sie die Dringlichkeit des Anliegens kennen lernen und das Gesetzesvorhaben unterstützen.

Mit den besten Wünschen für Ihre Arbeit und freundlichen Grüßen

(Bernd Zymek)